INTERNATIONALES

PERSPEKTIVEN

Die Ostexperten des amerikanischen Verteidigungsministeriums vertreten in einer Analyse der sowjetischen Militärplanung die Auffassung, daß der Zeitraum 1958 bis 1960 die für den Weltfrieden gefährlichste Periode sein wird. Dann nämlich werde die sowjetische Atom- und Raketen-Rüstung abgeschlossen und der Zeitpunkt gekommen sein, zu dem der Kreml einen Angriffskrieg gegen die Vereinigten Staaten mit sicheren Erfolgs-Chancen wagen könne.

OFFENSIVE

Polen bereitet eine diplomatische und wirtschaftspolitische Offensive im Westen vor, um das Land vom sowjetischen Druck zu entlasten. Die diplomatische Offensive soll die Westmächte zur offiziellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bewegen, die wirtschaftspolitische Offensive heischt westliche Kredite:

- ▷ In Warschau begannen Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-britischen Handelsvertrages.
- ▷ Im Frühjahr wird der britische Atom-Experte Sir John Cockroft über eine enge polnisch-britische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der industriellen Verwendung der Atomenergie verhandeln.
- ▷ In Washington traf eine Delegation polnischer Finanzexperten ein, um ein großes Handelsabkommen mit den USA abzuschließen.

ZITAT

„Wenn Präsident Eisenhower wirklich Tito auf seine Farm einlädt, dann sollte der Bursche Gettysburg nicht eher verlassen dürfen, als bis Mamie Eisenhower das Silberbesteck gezählt hat." (Amerikas nationalistische „New York Daily News".)

ENTSPANNUNG

Nehru nickte

Bundeskanzler **Adenauer** mit Gast **Nehru**: „Kein verkappter Kommunist"

Welch seltsame Kontakte der weltpolitische Umbruch schafft, der seit der Doppelkrise in Ungarn und am Suez-Kanal auf dem Erdball rumort, wurde offenbar, als am Donnerstagnachmittag der Weihnachtswoche Indiens Ministerpräsident Jawaharlal Nehru auf dem Düsseldorfer Flugplatz Lohausen seinem Flugzeug entstieg. Vor der Rolltreppe erwartete den indischen Welt-Neutralisten der Bundeskanzler Konrad Adenauer, der bisher als ein rechter Flügelmann der internationalen Politik gegolten hatte.

Adenauer hatte sich diesmal nicht gescheut, seine Weihnachtsferien zu unterbrechen und über die vereiste Autobahn von Rhöndorf nach Düsseldorf zu eilen. Vor anderthalb Jahren noch, im Juli 1955, als der indische Staatsmann schon einmal in Düsseldorf zwischenlandete, war weder Westdeutschlands Regierungschef noch sonst ein Bonner Kabinettsmitglied zur Begrüßung erschienen.

Damals galt der Inder dem Bundeskanzler noch als ein unsicherer Kantonist, mit dem man besser keinen Umgang pflegt. Nur Karl Arnold, zu jener Zeit Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hatte — zusammen mit Frau Martha Ollenhauer — seine Aufwartung gemacht.

Diesmal war als neuer nordrhein-westfälischer Ministerpräsident Fritz Steinhoff zur Stelle. Der nur 1,65 Meter große Sozialdemokrat bildete mit dem hochgewachsenen Bundeskanzler ein Paar, dessen politische und körperliche Unterschiedlichkeit den offiziellen und offiziösen Zuschauern einen gern wahrgenommenen Anlaß bot, sich die Wartezeit bis zu Nehrus Landung mit anspruchslosen Witzen zu verkürzen.

Auch der Staatsbesuch, den Nehru im Juli 1956 der Bundesrepublik abgestattet hatte, war politisch kein Erfolg gewesen. Nur in gegenseitiger Achtung waren sich der Deutsche und der Inder dabei etwas nähergekommen. Diesmal jedoch wurde mehr erzielt. Die Teestunde unter acht Augen — der indische Botschafter in Bonn, Nambiar, und der deutsche Dolmetscher Dr. Weber nahmen daran teil — hat nach den Äußerungen der beiden Hauptbeteiligten ein Einverständnis in konkreten Fragen erbracht.

Allein die Tatsache, daß die Besprechung 80 Minuten — 20 Minuten länger als vorgesehen — dauerte, ließ erkennen, daß die beiden Staatsmänner sich diesmal wirklich etwas zu sagen gehabt hatten.

Die Teestunde war von Botschafter Nambiar angeregt worden. Der Botschafter, der seit vielen Jahren mit den deutschen Problemen vertraut ist, hat — wie man in Bonn zu wissen glaubt — seit Beginn seiner Amtszeit am Rhein der deutschen Frage sehr viel mehr Bedeutung beigemessen als sein Regierungschef Nehru. In der Kongreßpartei — der indischen Regierungspartei — repräsentiert Nambiar im Gegensatz zu dem in England erzogenen Nehru einen Flügel, der besonders gut über die deutschen und osteuropäischen Verhältnisse unterrichtet ist.

So mißt man denn auch seit langem in Bonn dem Wirken des Botschafters Nambiar eine besondere Bedeutung für die Gestaltung der deutsch-indischen Beziehungen bei. Tatsächlich gestand Bundeskanzler Adenauer bereits vor seiner Düsseldorfer Teestunde mit Nehru einem Berater: „Ich habe mich davon überzeugt, daß Herr Nehru kein verkappter Kommunist, sondern ein vernünftiger Mann ist."

Solchem Lob aus dem Munde des rheinischen Alten entspricht auf der anderen Seite, daß Nehru seinerseits in jüngster Zeit seine Ansichten über Deutschland und Europa präzisiert hat.

Als Nehru im Juli vorigen Jahres Bonn besuchte, hatte er sich weder von den unermüdlich fragenden Bonner Journalisten noch — soviel man weiß — von Bundeskanzler Adenauer eine konkrete Stellungnahme zur deutschen Frage entlocken lassen.

Am Vorabend seiner Abreise aus Neu-Delhi nach den Vereinigten Staaten aber äußerte er eine Ansicht zum Deutschland-Problem, die offenkundig auf neue Überlegungen zurückging. „Ich denke", sagte Nehru zu ausländischen Journalisten, „daß die wichtigen Probleme Europas, von denen das im Herzen Europas gelegene Deutschland besonders wichtig ist, einer Lösung sehr viel näher wären, wenn auf beiden Seiten die fremden Streitkräfte zurückgezogen werden würden."

Die weltpolitische Pointe dieser Bemerkung liegt darin, daß Nehru sich bis dahin wenig für die Räumung Mittel- und Osteuropas von sowjetischen Truppen und für den Abzug der amerikanischen Truppen aus Westeuropa interessiert hatte. Er teilte bis dahin weitgehend die Ansicht des Kreml, daß man — um den Weltfrieden zu erhalten und zu sichern — zunächst einmal abrüsten und sich erst dann der Frage der Räumung Europas zuwenden solle.

Nehru befand sich mit dieser Ansicht in diametralem Gegensatz zu der deutschen Ansicht, zwischen der Weltabrüstung und der Räumung Mitteldeutschlands durch die Sowjets bestehe ein so enger ursächlicher Zusammenhang, daß beides — die Abrüstung und die Räumung — zumindest zu gleicher Zeit durchgeführt werden müßte.

Dieses Junctim des Problem-Komplexes „Deutsche Frage, Osteuropa, Weltabrüstung" war bis vor kurzem von Nehru im sowjetischen Sinne dahingehend ausgelegt worden, daß man zunächst einmal mit der

Abrüstung beginnen und dann weitersehen solle. Seine Äußerung am Vorabend der Abreise nach Washington zeigte nun jedoch einen Wandel an.

Berichte aus Neu-Delhi lassen erkennen, daß dieser Wandel in Nehrus Ansichten durch die Ereignisse in Ungarn verursacht worden ist. Nehru hat offenbar eingesehen, daß die sowjetische Herrschaft in Osteuropa — deren Gewalttätigkeit ihm bis dahin nicht in vollem Maße geläufig war — eine Gefahr für den Weltfrieden ist. Sein Hinweis auf die besondere Wichtigkeit des „im Herzen Europas gelegenen Deutschland" läßt sogar vermuten, daß er jetzt die vom amerikanischen Außenminister Dulles geäußerte Meinung teilt, ein „ungarischer" Aufstand in Mitteldeutschland könne zu einem dritten Weltkrieg führen.

Nehru bestätigte seinen Meinungswandel gegen Ende seines Besuches in Amerika vor dem Weltparlament der Uno. „Die Anwesenheit fremder Truppen auf dem Gebiet fremder Länder", sagte er dort, „ist weder normal noch wünschenswert."

Diese Erklärung — gesehen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Nehru bis vor kurzem der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Mittel- und Osteuropa (und amerikanischer Truppen in Westeuropa) kaum Bedeutung beigemessen und das Hauptgewicht seiner Weltfriedenspolitik auf die Forderung nach Weltabrüstung gelegt hatte — beschreibt die Veränderung der moralischen Druckverhältnisse in der Welt. Nehru hat nunmehr die sowjetische Besetzung Ost- und Mitteleuropas als eine der Ursachen des Kalten Krieges anerkannt.

Adenauer hingegen betrachtet die Nato nicht mehr als Selbstzweck. Auf der Basis dieser Einsicht kamen sich Nehru und Bundeskanzler Adenauer auf dem Düsseldorfer Flugplatz näher. Der Bundeskanzler sprach — als die Teestunde beendet war — von einer „Übereinstimmung der Ansichten". Nehru nickte dazu mit dem Kopf. Freilich war keine Zeit, in der sehr viel wichtigeren Frage Übereinstimmung zu suchen, wie die Sowjets mit diplomatischen Mitteln dazu gebracht werden könnten, die von ihnen besetzten Länder zu räumen.

FRANKREICH

ZITATE

„Wer sagt uns, ob sich nicht hinter dem Deckmantel sittlicher Entrüstung der deutschen Presseangriffe gegen die anglo-französische Nahostpolitik eine ohnmächtige Wut über das Versagen der deutschen Militärinstrukteure in Ägypten verbirgt?" (Der französische Publizist Merry Bromberger.)

„Frankreich darf sich nicht wie ein betrogener Ehemann benehmen." (Der französische Außenminister Christian Pineau über die französisch-amerikanischen Beziehungen.)

EURATOM

A-Bomben muß man haben

Der Fehlschlag des Suez-Unternehmens wird zum Entstehen einer vierten militärischen Atommacht führen", schrieb kürzlich der europäische Chefkorrespondent der „New York Times", Sulzberger. Zugleich sagte er voraus, daß die Sechs-Staaten-Gemeinschaft „Euratom" — die *geplante* Atom-Gemeinschaft Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Länder — an dem Wunschtraum Frankreichs, eine Weltmacht zu bleiben, scheitern werde. „Frankreich erkennt", schrieb der Amerikaner, „daß es eine Atommacht werden oder alle weltpolitischen Ansprüche aufgeben muß."

Nun ist freilich keineswegs sicher, daß Frankreich jemals seine A-Bomben-Träume in die Tat umsetzen kann und wird. Doch schon der französische Plan, Atombomben zu bauen, gefährdet „Euratom" und damit das Kernstück aller jener vielen Europa-Projekte, mit deren Hilfe das Abendland vor dem Untergang gerettet werden soll.

Denn: Die beiden wichtigsten Länder der geplanten Atom-Gemeinschaft sind die Bundesrepublik und Frankreich. Die Bundesrepublik aber hat sich verpflichtet, niemals A-Waffen zu bauen. Zwangsläufig würde diese Verpflichtung der Deutschen — sofern die Atom-Gemeinschaft Wirklichkeit werden würde — auf die anderen beteiligten Länder, mithin auch auf Frankreich, ausgedehnt werden. Solange also

Verteidigungsminister **Bourgès-Maunoury**
Frankreich ist mehr als Europa

Frankreich mit der Hoffnung spielt, jemals eine A-Bombe zu bauen, kann es sich einer europäischen Atom-Gemeinschaft nicht anschließen.

Der Plan, französische A-Bomben zu bauen, entsprang einem vorläufig wohl noch kleinen Kreis französischer Politiker und Generale, zu dem auch der von Sulzberger zitierte General Charles Ailleret gehört.

Der 49jährige General ist Chef der „Armes Spéciales" („Sonderwaffen"), einer Militärbehörde, die sich mit der Entwicklung von Raketenwaffen, Sprengmitteln, militärischen Feuerwerkskörpern aller Art und chemischen Kampfmitteln befaßt. Der General vertraute dem amerikanischen Publizisten einen Plan an, der angeblich bereits vom französischen Generalstab grundsätzlich gebilligt worden ist.

In den Jahren 1957 bis 1964 sollen — nach dem Projekt Aillerets — in Frankreich wenigstens 70 A-Bomben hergestellt werden, und zwar in einem progressiven Rhythmus. Die erste A-Bombe soll 1958 gebaut werden, 1959 sollen es zwei sein, im Jahre 1960 bereits sechs. 1963 sollen dann 42 und im darauffolgenden Jahr 20 Bomben hergestellt werden.

Zu diesem Zweck empfahl der General der Sonderwaffen dem Generalstab die „beschleunigte Entwicklung einer atomaren Technologie". Er forderte ferner, daß der Landesverteidigung bei der Belieferung mit Plutonium und Uranium 235 Vorrang gegenüber zivilen Industrien eingeräumt werde.

Die Atom-Reaktoren für die Kernwaffen-Herstellung sollen leicht montierbar und transportabel sein, damit sie überall schnell auf- und abgebaut und im Gefahrenfalle nach Französisch-Afrika verlagert werden können.

Der französische General meint, so schrieb Sulzberger, daß Frankreich nicht die geringste politische „Aktionsfreiheit" habe, solange es „einer eigenen Atomwaffe ermangelt". Diese Ansicht französischer Generale unterstützt der Amerikaner mit der Bemerkung: „Nur der Besitz von Kernwaffen befähigt eine Armee zu verhindern, daß sie aus nichts als einer kostspieligen Fassade besteht, die bei der geringsten atomaren Erpressung — wie im Falle von Suez durch die Sowjets — kapitulieren muß."

Als im Sommer 1956 die französische Nationalversammlung über das Euratom-Projekt debattierte, hatten bereits mehrere einflußreiche französische Parlamentarier und Generale kritisiert, daß die Atompläne der französischen Industrie die Herstellung von Bomben nicht vorsehen. Diese Planung versperre Frankreich die Möglichkeit, eine Atommacht zu werden.

Eine Gruppe der Kritiker, zu der zum Beispiel der Marschall von Frankreich, Alphonse Juin, und der Verteidigungsminister Maurice Bourgès-Maunoury gehören, griff die Beschränkung Euratoms auf die zivile Nutzung der europäischen Atomenergie an und forderte, daß Euratom entweder auch eine Kernwaffenproduktion aufbauen oder gestatten solle, daß Frankreich — obgleich Mitglied von „Euratom" — auf eigene Kosten und zu eigenem Nutzen A-Bomben herstellt.

Eine zweite Gruppe von Kritikern — zu ihr gehört der ehemalige Ministerpräsident Mendès-France — bestand von vornherein darauf, daß nur eine nationale französische Kernwaffenindustrie aufgebaut werde, damit die französische Armee ohne fremde Einwirkungsmöglichkeiten mit Kernwaffen ausgerüstet werden kann. Von dieser Gruppe wird also das Euratom-Projekt überhaupt abgelehnt.

Der Widerstand im Parlament gegen den vom Regierungschef Mollet und seinem Außenminister Pineau schon öffentlich erklärten Verzicht auf Kernwaffenproduktion wurde noch während der Euratom-Debatte so stark, daß der Ministerpräsident schließlich nachgab und seinen Verteidigungsminister vor der Nationalversammlung erklären ließ, daß Frankreich sich im Euratomvertrag das Recht auf eine eigene nationale Kernwaffenproduktion vorbehalten werde. Ob es eine eigene nationale Kernwaffenproduktion aufbauen wolle oder nicht, werde es binnen drei Jahren entscheiden.

Inzwischen, so teilte Sulzberger jetzt mit, hat der französische Generalstab einen „präzisen Kalkül darüber angestellt, was für eine solche Produktion notwendig ist und was Frankreichs Wirtschaft dafür aufbringen kann". Wenn dieses Projekt von Regierung und Parlament gutgeheißen wird, so stellte der Amerikaner abschließend fest, dann wird Euratom noch vor seinem Entstehen ausgehöhlt sein.